

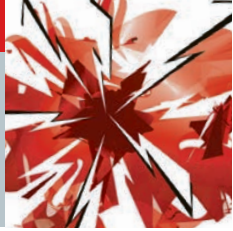
EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018



Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.



Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.



EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.



Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem

soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohl-

stand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Kommentar



Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?



Regierungsrats- und Kantonsratswahlen vom 4. März 2018

Seite 9 - 12

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6% des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.



Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 18'754 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und inno-



Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

vative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz

«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»

ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beiträgt oder mindestens EU-Recht auto-

matisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen

oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom

«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen ...»

Gemeinschaftsinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)



Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

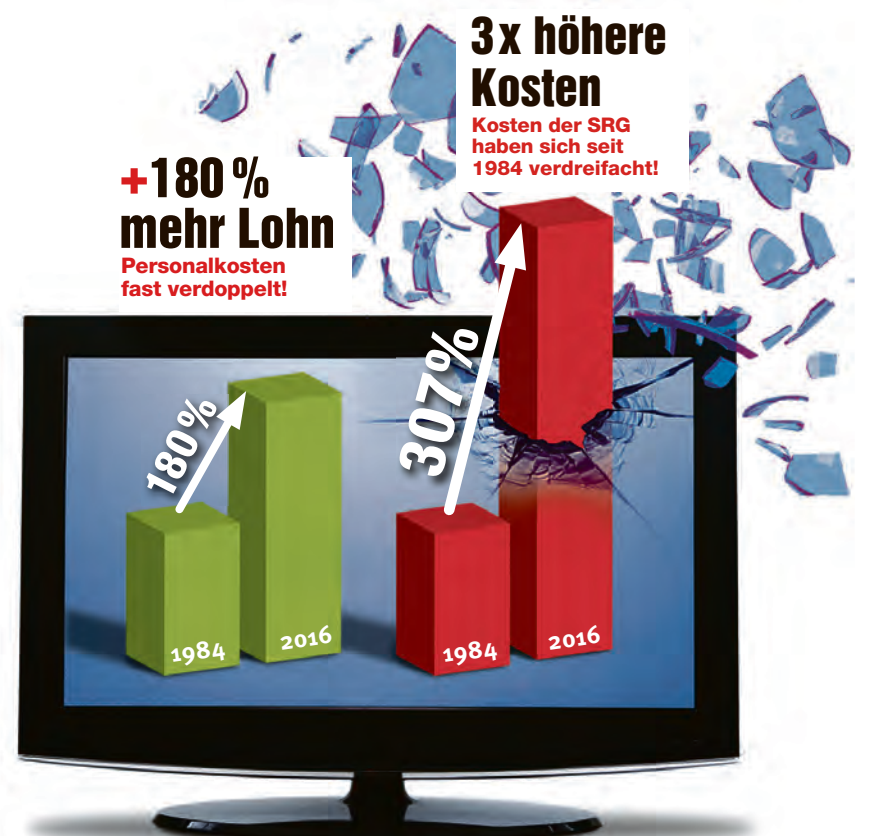
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tont ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happige Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich



Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.



Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlich durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz. Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei

es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zubetonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Scheinflüchtlern aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!



Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rütenberg (BL)

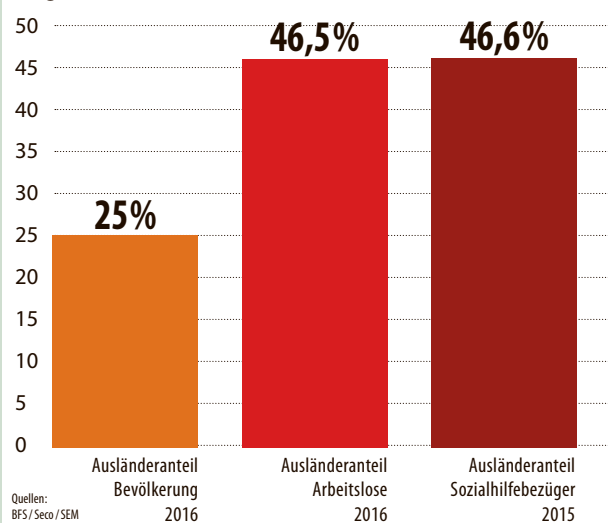
Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!

Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.

Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt – einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewander-

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)



ten Ausländer mehr folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8% der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5% der Schweizer. Über 25% der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11%.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte sich der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beendet werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Perso-

Massive Zuwanderung stoppen!



nenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in

die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.



Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.



Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)



Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftsraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017“ steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu

dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der



Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

«Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.»

Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtsmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Un-

mut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlmann-Image verblasst.»

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017“ der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklich-

ten“ Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als

450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder“, die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.



Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)



Bauer und Schwyzer Nationalrat Marcel Dettling

«Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt.»

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone

Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch

14 Milchkühe

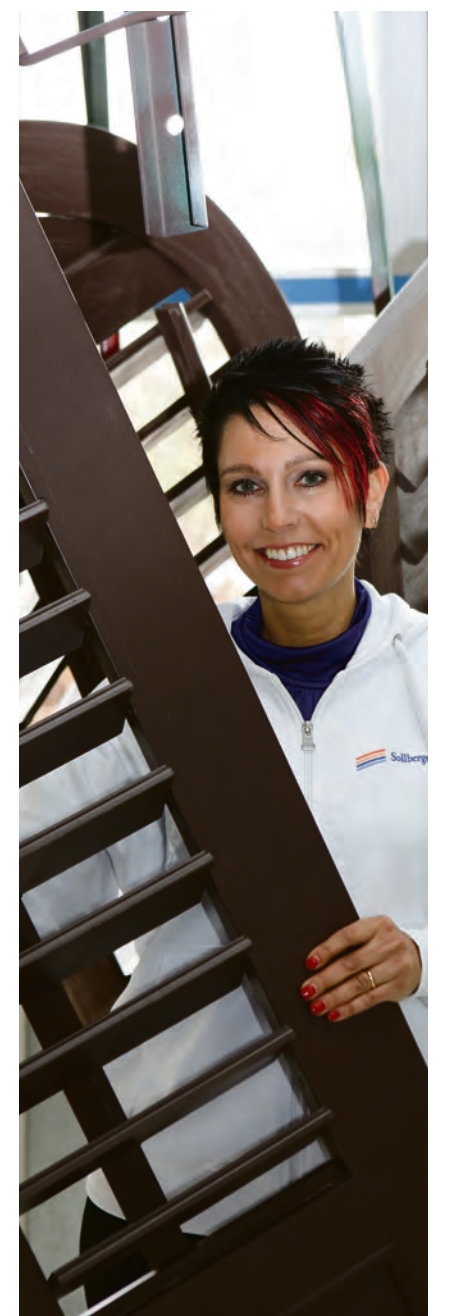
20 Mastkälber

20 Schafe

Porträt Nationalrätin und Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin – als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.

Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Andererseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergärten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorfeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.



Nationalrat Andreas Glamer, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermaßen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen



Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosen-

einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in

sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Fe-

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

geldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für

der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet

rien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen.

Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionen-

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

beiträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)



«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge.

Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die

Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»



Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt.

Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»



Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis.

Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»



Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöffland (AG)

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»



Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften

an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»



Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG)

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntlang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.



Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»¹ müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schultensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-

Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er

eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat

– damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezügler sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen ¹ (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	CHF 2'625.00	CHF 3'533.00	CHF 5'011.00

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnpreisen in der Agglomeration Zürich.

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Beitritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreich durch die Hintertüre

Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funkti-



Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

onäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an

Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht

« Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. »

sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen

über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härtefälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)



Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik



Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.



Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!



Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandsprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandskonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck? Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz,

und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplomatie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünsch-

ten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.



Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!



Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?

Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der dritt wichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?

Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?

Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog,
Nationalrätin,
Frauenfeld



Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts

übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwillige

Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür erntete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhaufen

Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteils in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wundert, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung

Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit

Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hinein-führen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?

Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat

Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkraften.

Nationalrat
Roger Köppel,
Verleger und
Chefredaktor
Weltwoche,
Küssnacht (ZH)



Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernstem Wettbewerb

Online mitmachen unter:
www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?



MA Mond



SEL Sünneli



EL Stern

2. Was heisst SVP?



UO s'il vous plaît



GI Sixpacks vor pleasure

Schweizerische Volkspartei

BS Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?



TBE Freiheit und Unabhängigkeit



BAI Umverteilung und staatliche Regulierung



ITZ EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?



BLA 25 Jahre Meinungsfreiheit



OPI 25 Jahre 1. August-Feiertag



STI 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?



YO Adolf Ogi und Christoph Blocher



MM Ueli Maurer und Guy Parmelin



AH Christa Rigozzi und Linda Fäh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?



UNG Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917



LAR Gründung Jodlerklub Seerose 1952



UPF Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

1. Preis: Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.
2. Preis: Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.-.
3. Preis: Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.-.

Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ / Ort: _____

E-Mail / Natel: _____



Daniel Wyler in den Regierungsrat



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Wählerinnen und Wähler
von Obwalden

Ich kandidiere für einen Regierungsratssitz in Obwalden und stelle mich Ihnen gerne vor. Als Fraktionschef der SVP Obwalden sind mir die politischen Prozesse sehr vertraut. Mit meiner beruflichen Tätigkeit als Jurist mit langjähriger Führungs- und Ausbildungserfahrung und als ausgewiesener Kenner des Gesundheits- und Bildungswesens der Schweiz bringe ich das nötige Rüstzeug für dieses Amt mit.

Mir ist eine sachbezogene, lösungsorientierte Politik unter Einbezug aller politischen Kräfte im Kanton wichtig, denn nur so können wir mehrheitsfähige Entscheide erzielen. Wer aber bin ich, der seit 16 Jahren in Engelberg wohnhafte Ostschweizer?

Zur Person:

- Geboren am 23. Oktober 1959 in St. Gallen
- Aufgewachsen in der Ostschweiz in einer Unternehmerfamilie
- Vater von vier erwachsenen Kindern, Grossvater

Tätigkeiten:

- Unternehmensleiter (35 Mitarbeitende) bis 2017
- Ausbilder für Sozial- und Krankenversicherungsrecht
- Unternehmensberater (mit Schwerpunkt Führung und Organisation)
- Mitglied Sozialkommission Engelberg von 2008-2016
- Mitglied Steuerrekurskommission Obwalden seit 2010
- Kantonsrat Obwalden seit 2011
- SVP Fraktionschef seit 2012

Berufsweg:

- Wirtschaftsmatura
- Studium der Rechtswissenschaften, lic.iur.
- Praktika in Rechtsmedizin und Gerichtspsychiatrie
- Nachdiplomstudium Management im Gesundheitswesen
- Eidgenössisch anerkannter Prüfungsexperte
- Präsident der eidg. Prüfungskommission der Krankenversicherer
- Mitglied der eidg. Prüfungskommission der Privatversicherer
- Ausbilder für Mitarbeitende von Versicherungen, Behörden und Spitälern (vom Lehrling bis zum Vertrauensarzt)
- Berufliche Tätigkeiten in der Deutsch- und Westschweiz

Hobbys:

- Familie, Grosskind
- Tennisspielen, Skifahren, Biken, Reisen
- Konzert-, Musical- und Theaterbesuche

Wie nah waren die Obwaldner Parteien am Puls der Bevölkerung?

2017 konnte das Stimmvolk zehn Mal abstimmen. Es zeigt sich: SVP-Positionen haben eine hohe Deckungsgleichheit mit dem Obwaldner Stimmvolk. Ein Vergleich der fünf Obwaldner Parteien macht deutlich, welche Parteien volksnah und welche volksfern politisieren*.

- Die SVP weist die höchste Übereinstimmung mit dem Wahlverhalten der Obwaldner Stimmbevölkerung auf (80%)
- CVP und SP weisen die geringste Übereinstimmung mit dem Wahlverhalten der Obwaldner Stimmbevölkerung auf (30%)
- die SVP politisiert nah am Puls der Bevölkerung, die FDP steht leicht hinten an. Die Mitte-Links-Parteien

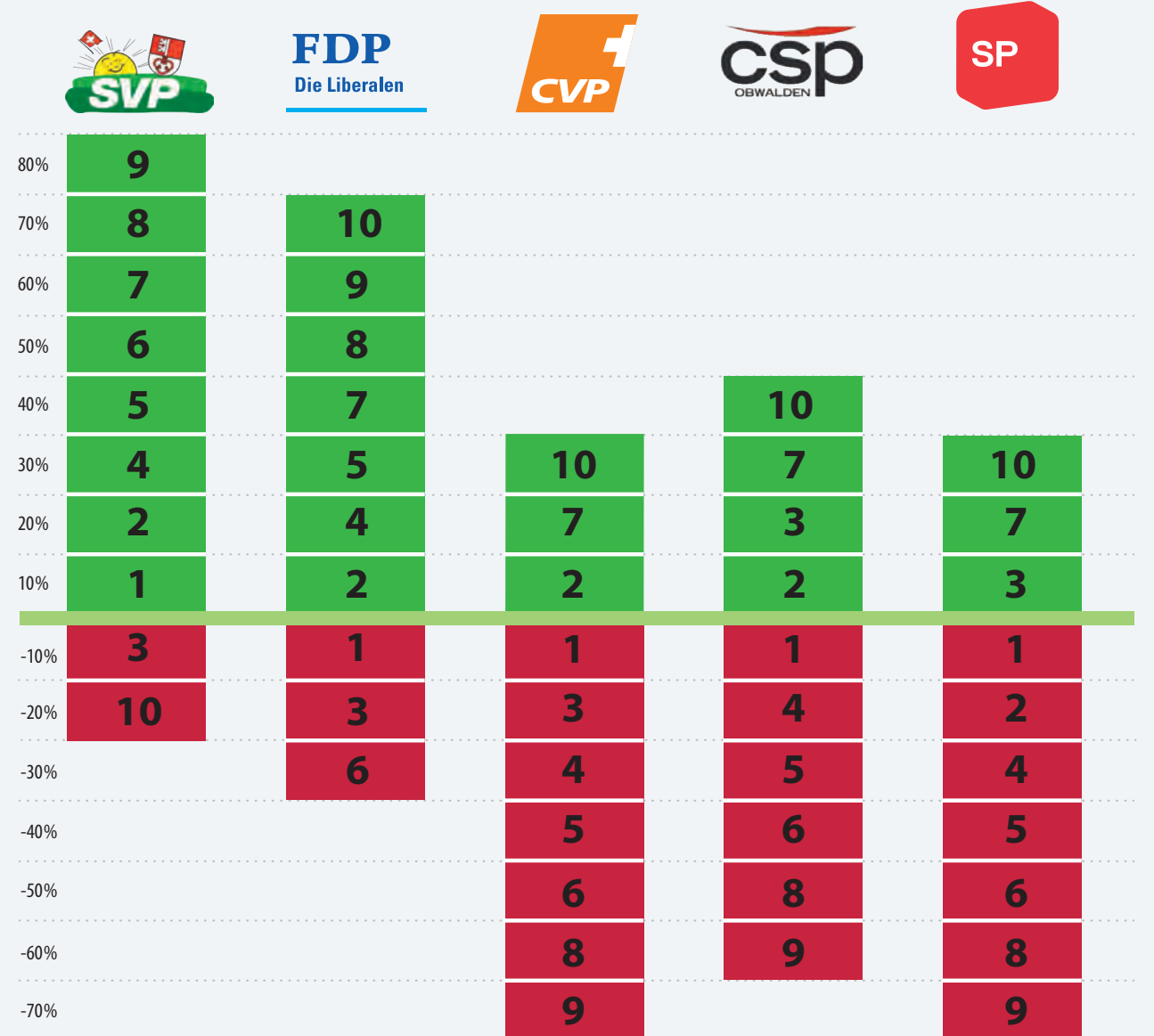
CVP/CSP/SP sind mit ihrem staatsgläubigen und ausgabefreudigen Verhalten abgeschlagen.

*) Datenquelle: nationale und kantonale Abstimmungen 2017

Fazit:

Eher linke Positionen der Mitte-links Parteien (CVP/CSP/SP) finden nur bedingt Zustimmung. Weniger Staat und mehr Eigenverantwortung finden ihre Mehrheiten. Die Obwaldnerinnen und Obwaldner stehen grossmehrheitlich für eine solide bürgerliche Politik ein.

SVP-Positionen finden klare Mehrheiten



Abstimmungen 2017

	Empf. SVP	OW	CH
1 Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration	Nein	nein 54%	ja 74%
2 Bundesbeschluss: Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)	Ja	ja 62%	ja 62%
3 Unternehmenssteuerreformgesetz III	Ja	nein 52%	nein 59%
4 Energiegesetz (EnG)	Nein	nein 50%	ja 58%
5 Nachtrag zum Gesetz: Entlohnung + Entschädigung von Behörden und Kommiss. (Behördengesetz)	Nein	nein 66%	-
6 Nachtrag zum Bildungsgesetz (Tagesstrukturen) – Referendum der SVP Obwalden	Nein	nein 58%	-
7 Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit	Ja	ja 75%	ja 79%
8 Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	Nein	nein 57%	nein 50%
9 Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge	Nein	nein 58%	nein 53%
10 Nachtrag zur Kantonsverfassung (Bürgerrecht)	Nein	ja 78%	-

Lesebeispiel:

- 2017 gab es 10 Abstimmungen (7 nationale, 3 kantonale)
- Zum Beispiel: AHV (Altersvorsorge) Nr. 9; SVP und FDP gewannen bei der Abstimmung, CVP/CSP/SP verloren.
- Die SVP gewann gesamthaft zu 80%, FDP 70%, CSP 40%, CVP/SP 30%, aller Abstimmungen 2017

Mehr Freiheit für KMU



In der Schweiz bieten rund 580'000 KMU Arbeit für mehr als drei Millionen Personen. Weitere 1600 Grossbetriebe beschäftigen noch einmal mehr als 1.4 Millionen Arbeitnehmer. Tag für Tag erwirtschaften diese Menschen unseren Wohlstand. Sie bemühen sich um Innovationen und Flexibilität, sie meistern auftretende Schwierigkeiten. Gemeinsam erarbeiten wir die Familieneinkommen, aber auch die Steuereinnahmen (für den ständig wachsenden Staat).

Etwas Sozialeres als einen sicheren Arbeitsplatz gibt es nicht. Nur so können wir Personen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, fördern und unterstützen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für KMU und Grossbetriebe laufend überprüft und

bedarfsgerecht angepasst werden. Eine Daueraufgabe.

Als Vertreterin des Mittelstandes und der KMU setzt sich die SVP ganz besonders ein für:

1. Die Schaffung und den Erhalt tiefer Unternehmenssteuern. Das schafft Mittel für Investitionen und Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand. Arbeit und Fleiss sollen sich lohnen.
2. Für einen Stopp ständig neuer Vorschriften und Verbote. Wir fordern

mehr Freiheit und Vertrauen in unsere KMU.

3. Für unser bewährtes duales Bildungssystem.
4. Für die nachhaltige Unterstützung unserer Landwirtschaft. Auch hier gilt unser Augenmerk dem Abbau der Bürokratie. Bald verbringen die Bauern mehr Zeit im Büro als auf dem Feld.
5. Für eine Vereinfachung der Bewilli-

gungsverfahren für Hochbauten. Zum Nutzen von Bauherren, Unternehmern und Handwerkern. Zum Nutzen unserer Volkswirtschaft.

6. Für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, für weniger Verbote, für mehr unternehmerische Freiheit, für weniger Bürokratie. Tragen wir Sorge zu den KMU, dem Fundament unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes.

«Wenn es nicht notwendig ist ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»

Charles de Secondat, Baron de Montesquieu

Kantonsrat Ivo Herzog

Obwaldner Tourismus: im Einklang mit der Bevölkerung

Der Kanton Obwalden ist eine erfolgreiche Tourismusdestination. Im Vergleich mit anderen Destinationen im Alpenraum kann er sich das ganze Jahr behaupten. Er bietet dem Gast eine grosse Vielfalt an Angeboten. Obwalden verzeichnet jährlich über eine Million Logiernächte. Davon fällt die Hälfte in Engelberg an.

Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) am Obwaldner Tourismus beträgt im Sarneraatal rund 10%. In Engelberg sogar rund 70%. Viele KMU im Kanton profitieren direkt

oder indirekt von dieser sehr positiven Entwicklung: Dienstleistungs- und Tourismusbetriebe, Baugewerbe, Detailhandel, Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft, Grosshändler etc.

Wir haben eine unglaublich schöne Landschaft, Gäste können sich bei uns rundum erholen. Wir profitieren von einer sehr guten Infrastruktur und einem breiten Angebot an Dienstleis-

tungen. Im Interesse des Kantons und der Gemeinden muss der Tourismus starke politische Unterstützung genießen. Nur so werden wir weiterhin eine attraktive und starke Tourismusdestination bleiben.

Die Politik muss dafür sorgen, dass eine ausreichende Infrastruktur bereitsteht und die Arbeitsplätze im Kanton erhalten bleiben. Davon profi-

tiert nicht nur der Kanton Obwalden mit attraktiven Steuerzahlern, auch die ständige Wohnbevölkerung hat davon einen grossen Nutzen.

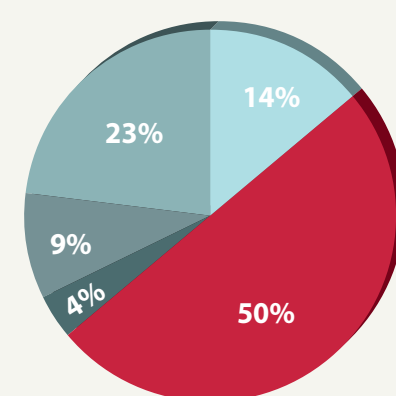
Freuen wir uns deshalb an unserem beliebten und schönen Kanton und entwickeln wir Lösungen, die den Tourismus und damit den ganzen Kanton nachhaltig fördern.



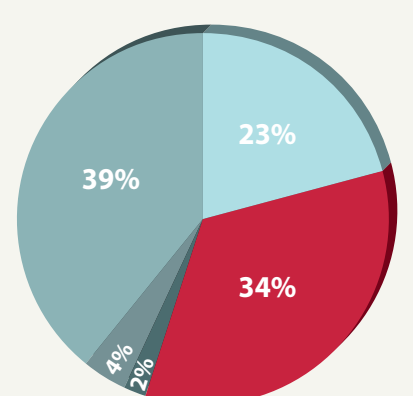
FIS Skisprung Weltcup, Skispringen, Nachtspringen, 2016

Die Gästestruktur des Obwaldner Tourismus 2016

Sarneraatal



Engelberg



■ Schweiz ■ Europa ■ USA ■ übr. Länder ■ Asien

Obwaldner Landwirtschaft – mehr als nur ein Wirtschaftszweig

Die SVP fordert eine Landwirtschaftspolitik, die im Interesse einer sicheren Versorgung unserer Bevölkerung mit einheimischen Produkten das Weiterbestehen der über 600 Bauernbetriebe in Obwalden ermöglicht.

Agrarmarkt & landwirtschaftliche Produktion

Landwirte sind Unternehmer. Als solche richten sie ihre Produktion grundsätzlich nach den Bedürfnissen der Kundschaft aus. Dafür braucht es unternehmerische Spielräume, weshalb sich die staatlichen Vorschriften auf einen groben Rahmen beschränken sollen. Weitergehende Produktions-Reglemente sind Sache von Label-Organisationen, denen sich die Bauern freiwillig anschliessen können. Der Markt soll die erbrachten Leistungen bezahlen und über Erfolg und Misserfolg entscheiden. Der Gesetzgeber ist dafür verantwortlich, dass in einem Markt für alle Teilnehmer die gleichen Grundbedingungen herrschen. Bei einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU oder Südamerika würde der Schweizer Markt aufgrund völlig ungleicher Produktionsbedingungen verzerrt. Lohn- & Preisniveau, Vorschriften, Topografie, Klima und Grösstrukturen sind sehr verschieden. Die SVP wehrt sich deshalb zusammen mit dem Bauernverband vehement gegen den Agrarfreihandel.

Einkommenssituation & Direktzahlungen

Der durchschnittliche Landwirtschaftsbetrieb in Obwalden erwirtschaftet ein landwirtschaftliches Einkommen von rund 31'000 Franken. Pro Vollzeitfamilienarbeitskraft entspricht das 19'000 Franken. Aus ausserlandwirtschaftlicher Tätigkeit generieren die Betriebe zudem 32'000 Franken. Das Haushalteinkommen von 63'000 Franken stammt folglich nur zur Hälfte aus der Landwirtschaft¹⁾. Pro Betrieb werden rund 50'000 Franken Direktzahlungen ausbezahlt. Im Vergleich mit dem Einkommen zeigt sich, dass die Direktzahlungen gebraucht werden, um überhaupt die Betriebskosten decken zu können. Die SVP Obwalden stärkt mit ihrer Politik diejenigen Elemente, welche das selbständige landwirtschaftliche Einkommen begünstigen und kosten-senkend wirken.

Ernährungssicherheit

Die Landwirtschaft hat den in der Verfassung verankerten Auftrag, die



Selbstversorgung mit hochwertigen und gesunden Produkten sicherzustellen. Die Bedeutung eines gewissen Selbstversorgungsgrades zeigt sich erst in Krisenzeiten. Es ist wichtig, dass dieser strategische Aspekt auch in Zeiten florierender weltweiter Nahrungsmittelmärkte nicht ausser Acht gelassen wird. Die SVP fordert deshalb auf die Schweiz bezogen einen Netto-

Selbstversorgungsgrad von klar über 50 Prozent.

Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Als problematisch erachtet die SVP den rasanten Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die rege Bautätigkeit. Zwischen dem grundsätzlich positiven Wirtschafts-

wachstum und dem Verlust von Kulturland besteht leider ein Zusammenhang. Aber auch die aus dem Ruder laufende jährliche Zuwanderung in die Schweiz von netto ungefähr 60'000 Personen beansprucht viel Bauland. Die Lösung kann nur darin bestehen, die Netto-Zuwanderung wirksam einzuschränken und für die schon ansässige Bevölkerung auf der vorhandenen Baulandfläche kluge und lebensfreundliche Wohnkonzepte zu realisieren.

Berggebiet im Speziellen

Soll der Kanton Obwalden auch in Zukunft für Landschaften mit blühenden Matten und weidenden Kühen bekannt sein, ist es erforderlich, dass die Landwirtschaft für ihre topografisch und strukturell erschwerten Produktionsbedingungen mit Direktzahlungen unterstützt wird. Das gilt vor allem für Betriebe im Berggebiet, welche in Obwalden die Mehrheit stellen. Auch das steht in der Bundesverfassung und die SVP macht sich stark dafür. Direktzahlungen sind keine «Almosen», sondern Abgeltungen für erbrachte (Zusatz-) Leistungen.

1) Quelle: Landwirtschaftsamt OW, Bericht «Beurteilung der finanziellen Situation der Obwaldner Landwirtschaftsbetriebe» August 2015

Kantonsrat Peter Seiler, Bauernpräsident Simon Niederberger

Wald, Forst- und Holzwirtschaft in Obwalden

Seit Menschengedenken leben in Obwalden Menschen und Wald in einer Symbiose. Die Bewohner fanden im Wald Bau- und Heizmaterial, er bot Schutz vor Naturkatastrophen und war nützlich bei der Nahrungsmittelbeschaffung.

Die moderne Zeit

Der Wald geniesst unverändert hohe Bedeutung bei der Bevölkerung. Heute nutzt die Industrie den Wald als Bau- und Energielieferant, dem Menschen dient er als Sportarena und Erholungsraum. Er sorgt für saubere Luft, er ist unser wichtigster Wasserspeicher und mit der Wald- und Forstwirtschaft wird das Holzbaugewerbe entwickelt. Obwaldner Zimmerer und Holzbauer arbeiten schweizweit erfolgreich und sind ein wichtiger Pfeiler unserer Volkswirtschaft. Doch Globalisierung und freier Marktzugang führten zu hohem Preisdruck, womit öffentlichen und privaten Waldbesitzern die wirtschaftliche Grundlage entzogen wird. So ist die heutige Waldbewirtschaftung nicht mehr kostendeckend.

Subventionen für Sägewerk im Ausland

In den europäischen Staaten werden Grosssägewerke jährlich mit hundert Millionen Euro subventioniert. Dadurch wird der Wettbewerb massiv verzerrt. Ab 1990 führte die europaweite Überproduktion von Schnittholz zu einer «Holzschwemme». Der starke Franken verstärkte den Importüberschuss von Holz die letzten Jahre wesentlich.

Brauchen wir Subventionen?

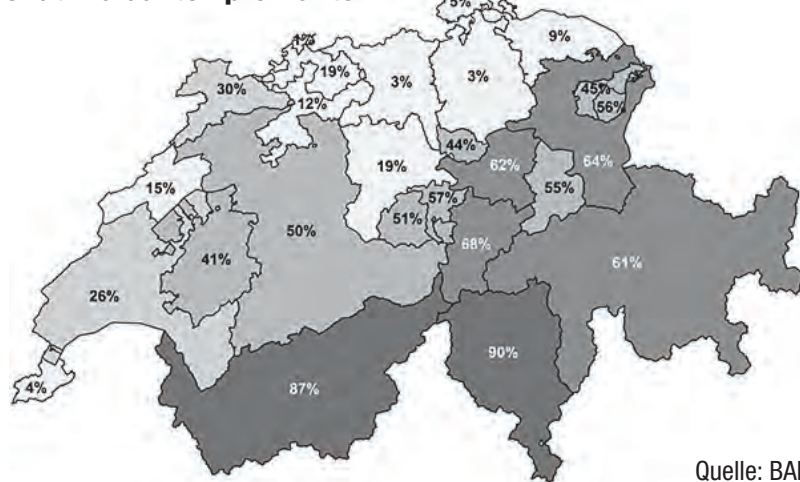
Der Schweizer Staat unterstützt die einheimische Holzwirtschaft finanziell nicht. Die bevorzugte Verwendung

von einheimischem Holz bei öffentlichen Bauten jedoch wäre wirtschaftlich förderlich und zu begrüssen. Leider wurde diesem Anliegen der SVP beim Spitalneubau Sarnen nicht Rechnung getragen. Der Bettentrakt aus einheimischem Holz wäre nicht nur standortfördernd für das Gewerbe gewesen, sondern auch nachweislich gesundheitsfördernd und architektonisch erst noch innovativ. Die SVP wird sich weiterhin für die För-

verbrauch der Schweiz liegt mitsamt Importholz bei 10,5 Mio. m³. Eine irisch-amerikanische Studie besagt, dass bis 2025 ein weltweiter Umsatz von 207 Milliarden Franken mit innovativen Leimholzplatten (CLT) erwirtschaftet werden könnte.

Zwei Schweizer Holz-Produktionsfirmen gehören zu den weltweit ersten, die massive Grossformatplatten aus Schweizer Holz entwickeln. Eine wegweisende Erfolgsgeschichte für moderne Holzbauten und komplett aus Holz gefertigte Hochhäuser. Zukunftsorientiert und nachhaltig können ganze Städte aus Holz entstehen;

Schutzwaldanteil pro Kanton



Quelle: BAFU

derung und Produktion von Schweizer Holz einsetzen.

Zukunft Holz

Nur wer mit Schweizer Holz baut, unterstützt unsere Forst- und Waldwirtschaft nachhaltig. Der jährliche Holz-

unsere Wald wird attraktiver. Der Lebenskreis Holz würde wieder an Bedeutung gewinnen. Der Kanton Obwalden würde profitieren: vom Wald bis zum Holzbauer.

Kantonsrat Bärli Sigrüst



Haben Sie das gewusst?

- Die Holzernte in der Schweiz belief sich 2015 auf rund 4.55 Mio. m³. Das sind rund 7% oder 360 000 m³ weniger als im Vorjahr.
- Jedes Jahr wachsen in der Schweiz 10 Mio. m³ Holz nach.
- Ohne den Wald zu übernutzen, könnten jährlich 7 bis 8 Mio. m³ Holz geerntet werden.
- Der jährliche Holzverbrauch der Schweiz liegt mitsamt Importholz bei 10,5 Mio. m³.
- Gut 45% des Waldes haben eine Schutzwirkung (z. B. vor Steinschlag oder Lawinen): Das sind ca. 6'000 km² Wald.
- Wald schützt etwa 130'000 Gebäude und mehrere Tausend Kilometer Verkehrswege.
- Der Wert der Schutzwirkung des Waldes liegt bei ca. CHF 4 Mrd./Jahr.
- Rund 40% des Trinkwassers stammen aus dem Wald.
- Etwa die Hälfte aller Grundwasserschutzzonen der Schweiz liegt im Wald.
- Die Filterwirkung erspart Wasseraufbereitungskosten (ca. CHF 80 Mio./Jahr).
- Der Wert der Erholungsleistung Wald wird auf CHF 2 bis 4 Mrd. geschätzt.
- Rund 5% der Schweizer Waldfläche sind Reserverate.
- Im Schweizer Wald stehen ca. 535 Mio. Bäume, was pro Einwohner/in 66 Waldbäume ergibt.
- Die Nutzungsmenge liegt 7% unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.
- Die Inlandproduktion von Rohstoffen fällt 2015 um 5%
- Der Anteil energetisch verwendeter Rohstoffe beträgt 58%. Knapp ein Viertel geht in die Papier- und Plattenindustrie und 13% in die Herstellung von Massivholzprodukten.

Quelle: BAFU – Jahrbuch Wald und Holz 2016

Der Wolf wird zum Politikum: Ist es Zeit, umzudenken?



Rückkehr der Grossraubtiere in die Obwaldner Wälder

Die Wiederansiedlung von Grossraubtieren in der Schweiz führt speziell in den Berg- und Randregionen zunehmend zu Problemen in der Land- und Alpwirtschaft. Die Bevölkerung ist verunsichert, was sich insbesondere in denjenigen Regionen zeigt, welche von Wolfsrudeln betroffen sind. Die Landwirtschaft und ihr naheliegende Kreise warnen seit Jahren vor dieser Entwicklung und fordern vom Bundesrat eine Umkehr in der politischen Haltung.

Was bedeutet das für die Bauern und den Tourismus?

Durch die Umsetzung von Herden-

schutzmassnahmen wird der Tourismus in der Zentralschweiz zunehmend eingeschränkt. Vom Bund empfohlene Schutzmassnahmen wie Herdenschutz Hunde und zwei Meter hohe Wolfzäune beängstigen, verärgern und vertreiben Wanderer, Biker und andere naturverbundene Gäste. Dies schadet nicht nur dem Image der Bauern, es schadet auch der ganzen Wirtschaft in der Region. Die Verbreitung von Wölfen geht sehr rasant voran und wurde bisher in allen Nachbarländern der Schweiz stark unterschätzt.

Die «Vereinigung zum Schutz von Jagd- und Nutztieren vor Grossraubtieren in der Zentralschweiz» (VSvGZ) setzt sich zum Ziel, die Interessen der

Weidetierhalter und Jägerschaft vor allem gegenüber der Anwesenheit von Grossraubtieren sowie gesellschaftlichen und politischen Einflüssen zu vertreten. Dies wiederum kommt auch dem Tourismus stark zugute. Denn nur eine intakte Landschaft ohne zusätzliche Schutzmassnahmen durch Zäune und Hunde ist für den Tourismus interessant. Die Schweizerische Gesetzgebung soll deshalb soweit geändert werden, dass Grossraubtiere reguliert werden können.

Es ist Zeit zum Handeln. Die SVP Obwalden setzt sich aktiv für den Schutz der Bevölkerung und für die Sicherheit unserer Jagd- und Nutztiere ein.

Haben Sie das gewusst?

In Obwalden im Jahr 2017

- der Wolf 6 Schafe zu Tode biss
- 4 Schafe wegen dem Wolf notgeschlachtet wurden
- etliche vermisst werden!

Jeder Wolf den Schweizer Steuerzahler pro Jahr über 100'000 Franken kostet?

Die politischen Grundsätze der SVP Obwalden

Die Politik der SVP Obwalden ist freiheitlich-demokratisch und sachbezogen. Sie ist die Partei der Angestellten, der Klein- und Mittelunternehmer, des Gewerbes, des Bauernstandes sowie von weiteren nahestehenden Personen. Die SVP Obwalden vertritt die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen des Mittelstandes in den Gemeinden und im Kanton. Sie ist die Partei des Mittelstandes!

Der Mittelstand benötigt Freiräume für seine Entfaltung, basierend auf der Selbstverantwortung des Einzelnen. Die SVP Obwalden anerkennt die Leistungsbezogenheit der Gesellschaft, ohne dabei die soziale Verantwortung im Rahmen der zwischenmenschlichen Beziehungen zu vernachlässigen.

Die SVP Obwalden bekämpft die versteckte und planmässig betriebene Umverteilung der Einkommen zulasten des Mittelstandes mittels einer finanziell tragbaren Steuer-, Abgaben- und Sozialpolitik.

Die SVP Obwalden steht ein für Vertragsfreiheit, für Handels- und Gewerbefreiheit, freie Berufswahl und für die Gewährleistung des Privateigentums. Als Partei des Mittelstandes verfolgt die SVP Obwalden

die kantonale Politik aufmerksam und unterstützt die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch bessere Rahmenbedingungen.

Die SVP Obwalden verfolgt mit der Mutterpartei die wirtschaftliche und insbesondere die politische Entwicklung in der Schweiz und in Europa aufmerksam. Sie lehnt einen EU-Beitritt weiterhin klar ab und wehrt sich gegen die geplante institutionelle Anbindung an die EU mit fremden Richtern.

Eine finanziell gesunde Wirtschaft mit attraktiven Arbeitsplätzen sowie ein starker Mittelstand, welcher einer tiefen Steuerbelastung ausgesetzt ist, bieten Gewähr für eine wettbewerbsfähige Zukunft des Kantons Obwalden.

Bundesasylzentrum an geeigneten Standorten

Das Bundesasylzentrum im Glaubenberg wurde im Jahr 2016 von der Obwaldner Bevölkerung ohne grosses Murren akzeptiert und auch die SVP Obwalden hat sich nicht dagegen zur Wehr gesetzt. Die gesetzliche Grundlage für die befristete Nutzung des Truppenlagers Glaubenberg als Bundesasylunterkunft basiert auf den dringlichen Bestimmungen der Asylgesetzrevision, welche am 9. Juni 2013 vom Stimmvolk angenommen wurde. Diese Bestimmungen erlauben es dem Bund, Ausreisezentren ohne Zustimmung der Standortgemeinde einzurichten.

Asylzentrum Glaubenberg

Ein Grund für die Akzeptanz im Kanton Obwalden ist mit Sicherheit die Distanz zum Dorfzentrum. Wird nämlich ein Asylzentrum näher bei einem Dorf oder einem Schulhaus geplant, dann steigt immer auch der Widerstand, wie dies in Obwalden mit dem damaligen Asylzentrum in Alpnach im Jahr 2013 der Fall war. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will nun im Kanton Schwyz gegen den politischen Willen der Zentralschweizer Kantone im Ortsteil Seewen ein Bundesasylzentrum errichten und jenes auf dem Glaubenberg wieder aufgeben. Dem Anschein nach soll die grosse Distanz und das Moorschutzgebiet ein Bundeszentrum auf dem Glaubenberg nicht bewilligungsfähig machen, obwohl sich die Obwaldner Regierung zusammen mit den Zentralschweizer Regierungen für die Weiterführung des Bundesasylzentrums im dem 1500 Meter über Meer liegenden Truppenlager Glaubenberg ausgesprochen haben.

Der Standort Glaubenberg ist für Obwalden nicht ganz uneigennützig. Durch den Betrieb dieses Bundesasylzentrums müssen die Gemeinden im Kanton weniger Asylsuchende auf-



nehmen und dazu passende Wohnungen suchen und zur Verfügung stellen. Auch dieses Bewusstsein fördert natürlich die Akzeptanz in Obwalden. Bei der jüngsten Abstimmung zum Asylgesetz vom 5. Juni 2016 ist in der Abstimmungsbroschüre folgendes festgehalten worden: «Die geeigneten Standorte sollen aber wie bisher in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen, Städten und Gemeinden einvernehmlich gesucht und geplant werden.»

Einmal mehr stand in einem Abstimmungsbüchlein etwas anderes, als es dann in der Praxis von Asylverwaltern an den Schalthebeln wirklich umge-

setzt wird. Es scheint System zu haben, dem Stimmvolk falsche Tatsachen vorzugeben, um ein demokratisches Ja zu einer Vorlage zu erhalten. Aktuell hat sich die Situation an der Asylfront etwas entschärft, was sich aber jederzeit schnell wieder ändern kann, weil die Sicherheitslage ausserhalb Europas leider nicht überall stabil ist. Wir tun gut daran, die Bestimmungen im Asylgesetz mit schnellen Verfahren effizient und strikt umzusetzen und die Bundesasylzentren dort zu betreiben, wo die Akzeptanz bei der Bevölkerung vorhanden ist.

Kantonsrat Christoph von Rotz



in die
Regierung

Daniel Wyler

www.daniel-wyler.ch




Die Partei des Mittelstandes

Weltfremde Gerichtsurteile

Die Urteile fremder Richter stehen heute über unseren Volksentscheiden. Die politische Elite will das so. Der gesunde Menschenverstand wird damit zum Teil ausgeschaltet. Das zeigen folgende Beispiele:

Richter in Strassburg schützen Versicherungsbetrügerin

Frau Vukota-Bojic erlitt einen Verkehrsunfall und erhielt in der Folge eine volle Invalidenrente. Sie verweigerte jedoch später eine weitere medizinische Untersuchung. Also liess die Unfallversicherung sie durch einen Privatdetektiv überwachen. Dieser beobachtete Frau Vukota-Bojic bei Tätigkeiten wie beispielsweise beim Einkaufen und Autofahren, die gemäss einem Experten auf eine Arbeitsunfähigkeit von lediglich noch 10 Prozent schliessen liessen. Dies führte zu einer Reduktion der Rente, was auch das Schweizerische Bundesgericht gut hiess. Doch die Richter in Strassburg sahen in der Überwachung von Frau Vukota-Bojic eine Verletzung der Privatsphäre – obwohl sie zu Unrecht eine massiv zu hohe Rente bezog!

(Urteil *Vukota-Bojic gegen die Schweiz*, 18.10.2016, Nr. 61838/10)

Richter in Strassburg schützen kriminellen nigerianischen Sozialhilfebezügler

Herr Udeh, ein Nigerianer, war früher einmal mit falscher Identität in die Schweiz eingereist, wurde später wegen Kokainhandels in Deutschland verurteilt und wollte schliesslich



Nicht demokratische legitimierte Urteile der Richter in Strassburg stehen seit ein paar Jahren über Volksentscheiden der Schweiz. Die Selbstbestimmungs-Initiative will dies wieder ändern.

wieder in der Schweiz leben. Hier bezog er Sozialhilfe. Er hatte zudem eine Schweizerin geheiratet, mit ihr zwei Kinder gezeugt, sich von ihr dann scheiden lassen und mit einer neuen Freundin ein weiteres Kind gezeugt. Das Schweizerische Bundesgericht verweigerte ihm ein Aufenthaltsrecht, unter anderem auch, weil er beruflich und sozial schlecht integriert war und schlecht Deutsch sprach. Doch die Richter in Strassburg stellten sein Interesse, in der Schweiz zu leben, über das Ziel, kriminelle Ausländer von der Schweiz fernzuhalten, und so durfte Herr Udeh in der Schweiz bleiben!

(Urteil *Udeh gegen die Schweiz*, 16.4.2013, Nr. 12020/09)

Fakt ist:

Ein zentrales Menschenrecht ist das Stimm- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bereits Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte sagt, dass jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dies bedeutet auch, sich nicht durch fremde Richter bestimmen zu lassen. In der direkten Demokratie haben die Schweizerinnen

und Schweizer am meisten Mitbestimmungsrechte. Das Volk ist der Souverän. Von Iran über Afrika und Venezuela bis in die EU wünschen sich die Bürger zurecht mehr Mitbestimmung. Das Modell der Schweiz wird oft gerühmt. Verspielen wir diese Vorbildrolle nicht durch die Aufgabe unserer Selbstbestimmung!



Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona (SG)

Selbstbestimmung stärkt Wirtschaft



Extrablatt im Interview mit Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter, Verwaltungsratspräsident der green.ch. Die green.ch AG wurde 1995 gegründet und gehört heute zu den führenden Informatikdienstleistern der Schweiz. Der 54-jährige Grüter ist verheiratet und lebt mit seinen beiden Töchtern sowie einem Sohn in Eich im Kanton Luzern. Er engagiert sich beim FC Luzern und besucht regelmässig die Heimspiele seines Lieblingsvereins. Er entspannt sich am besten in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern.

Warum unterstützen Sie als Unternehmer die Selbstbestimmungs-Initiative?

Die Green-Gruppe ist erfolgreich tätig im internationalen Geschäft mit der Beherbergung von Daten und IT-Systemen in der Schweiz. Unternehmen aus der ganzen Welt vertrauen uns ihre Daten an. Wenn ich mit Kunden aus aller Welt spreche und sie frage, weshalb sie hierherkommen, höre ich immer wieder folgende Argumente: Die Schweiz ist ein unabhängiges, stabiles und neutrales Land. Wir sorgen eigenständig dafür, dass wir hier sichere und freihandliche Verhältnisse haben. Man hat Vertrauen in die Zuverlässigkeit, Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes. Dies sind die Werte, auf denen der Erfolg der Schweiz beruht. Aus tiefer Überzeugung glaube ich deshalb, dass wir die direkte Demokratie und Selbstbestimmung erhalten und stärken müssen.

Der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände behaupten, die Initiative schade dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Was sagen Sie?

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Rechtssicherheit. Sie regelt klar, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft ist und Volksentscheide respektiert werden müssen. So bleibt unsere Rechtsordnung berechenbar und in der Gesellschaft und Wirtschaft verankert. Die Schweiz ist ein sehr beliebter Wirtschaftsstandort, weil wir dank der direkten Demokratie politisch sehr stabile und damit für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten können. Diesen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Deshalb braucht es die Initiative. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass Bundesrat, Bundesgerichte und Parlament im Sinne unserer Verfassung und damit auch der Bevölkerung entscheiden. Dies war in der jüngsten Vergangenheit erschreckenderweise nicht immer der Fall.

Setzt die Initiative die Planungssicherheit von Schweizer Unternehmen aufs Spiel?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Rechtslage mit einer «dyna-

mischen Rechtsentwicklung» und Regulierungshektik wird für Unternehmen in der Schweiz immer mehr zu einer Black Box. Unternehmen suchen Verlässlichkeit. Rechtssicherheit hat daher als Standortfaktor einen zentralen Stellenwert. Wo die rechtliche Situation unberechenbar wird, leidet das Investitionsklima. Die direkte Demokratie schafft die dringend nötige Rechtssicherheit und Stabilität.

Was sagt Ihre Familie zu der von Ihnen vertretenen Politik?

In meiner Familie muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind uns der Erfolgsgeschichte der Schweiz bewusst, welche darauf beruht, dass wir hier selbständig, frei und unabhängig bestimmen können. Gerade die jüngsten Beispiele zeigen, wie Entschiede aus Brüssel immer öfter zentralistische Züge annehmen und deshalb in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Aus der Schweiz, mit einer jahrhundertalten Tradition der Selbstbestimmung, ist die direkte Demokratie nicht wegzudenken.

An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems. Sie ist Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Doch den Eliten in Politik und Recht ist die direkte Demokratie ein Dorn im Auge.

Alle drei Staatsgewalten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht zu stellen. Damit schränken sie die Mitbestimmung der Bürger ein. So stellt das Bundesgericht neuerdings auch das nicht zwingende Völkerrecht über das Schweizer Recht. Noch im Jahr 2010 war klar, dass Verfassungsbestimmungen, die nicht zwingendem Völkerrecht widersprechen, umgesetzt werden müssen. Die neue Ordnung bedeutet zum Beispiel, dass trotz Ausschaffungsinitiative ein verurteilter, rückfallgefährdeter, arbeitsloser deutscher Schläger nicht nach Deutschland ausgeschafft werden kann, weil er dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz leben darf.

Keine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auch das Parlament beschränkt den Einfluss des Volkes mit dem Argument, dass die Verfassung gegenüber

internationalem Recht «sekundär» sei (Nationalrat Kurt Fluri, FDP). So hat es sich geweigert, den Entscheid des Stimmvolkes umzusetzen, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern wollen. Ziel des Parlaments war es, auf keinen Fall die EU zu verstimmen. Gebracht hats, wie wir jetzt wissen, nichts!

Internationalisierung ist Hauptgrund für Überregulierung

Schliesslich richtet sich auch die Verwaltung in erster Linie nach internationalem Recht aus. Unablässig passt sie ihre Vorschriften dem EU-Recht und den Empfehlungen und Länderberichten von internationalen Organisationen an. Die Internationalisierung des Rechts beschert uns neue detaillierte Vorschriften über Lebensmittel, immer neue Beschränkungen im Finanzbereich, menschenrechtlich motivierte Geschlechterquoten in



Nationalrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht, Zürich: «Der Vorrang des internationalen Rechts bringt der Schweiz eine Entmündigung und Beherrschung der Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein.»

Verwaltungsräten und zahllose andere Beschränkungen unserer Freiheit.

Bewährte Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung der Bürger hat uns Wohlstand und Frieden gebracht.

Dagegen bringt uns der Vorrang des internationalen Rechts, diese neue Wunderwaffe zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger: Immer mehr Gesetzesvorschriften, eine unkontrollierte Zuwanderung und Kriminelle,

die unter dem Titel der Personenfreizügigkeit in der Schweiz verweilen. Kehren wir zum bewährten System der demokratischen Mitbestimmung der Bürger zurück und sagen Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Was will die im August 2016 eingereichte Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»?

Die Selbstbestimmungsinitiative möchte die bewährte Ordnung wiederherstellen. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Die Politiker verweigern dem Verfassungsrecht unter Berufung auf internationales Recht und sog.

völkerrechtliche Verträge den Vorrang. Die Selbstbestimmungsinitiative will die bewährte Ordnung, dass die Schweizer Verfassung vor internationalen Verträgen Vorrang hat wiederherstellen. Dies garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Wir übernehmen Verantwortung ... im Bundeshaus

64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau



Thomas Burgherr 01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Wiliberg
Sylvia Flückiger-Bäni 01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöffland
Ulrich Glezendanner 31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist
Andreas Glarner 09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli
Hansjörg Knecht 24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt
Maximilian Reimann 07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gipf-Oberfrick
Luzi Stamm 09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden-Dättwil

Kanton Appenzell Ausserrhodens



David Zuberbühler 20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

Kanton Basel-Stadt



Sebastian Frehner 02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

Kanton Basel-Landschaft



Thomas de Courten 29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg
Sandra Sollberger 27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin, Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

Kanton Bern



Andreas Aebi 26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf
Adrian Amstutz 02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil
Manfred Bühler 10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert
Andrea Geissbühler 03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, 3 Kinder, Bärswil
Erich Hess 25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

Kanton Bern



Nadja Pieren 14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf
Albert Röstli 07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf
Werner Salzmann 05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi
Erich von Siebenthal 30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

Kanton Freiburg



Pierre-André Page 19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châttonnaye
Jean-François Rime 28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

Kanton Gené



Céline Amaudruz 15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Gené
Yves Nidegger 17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Gené

Kanton Graubünden



Heinz Brand 06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters
Magdalena Martullo-Blocher 13.08.1969, lic. oec., Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen

Kanton Luzern



Yvette Estermann 26.02.1967, Ärztin, 1 Kind, Kriens
Franz Grüter 29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich
Felix Müri 22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Nidwalden



Peter Keller 22.04.1971, lic. phil. I, Autor/Journalist, Hergiswil

Kanton Schaffhausen



Thomas Hurter 01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton St. Gallen



Toni Brunner 23.08.1974, Landwirt, Ebnat-Kappel
Roland Rino Büchel 08.10.1965, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet
Barbara Keller-Inhelder 24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona
Thomas Müller 01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach
Lukas Reimann 18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

Kanton Solothurn



Christian Imark 29.01.1982, Polymechaniker, Area-Sales-Manager, Fehren
Walter Wobmann 21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

Kanton Schwyz



Marcel Dettling 01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg
Pirmin Schwander 28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

Kanton Thurgau



Diana Gutjahr 13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin, Romanshorn
Markus Hausammann 20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach
Verena Herzog 07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

Kanton Tessin



Marco Chiesa 10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Lugano (Ruvigliana)

Kanton Uri



Beat Arnold 24.04.1978, akademischer Mentalcoach, 1 Kind, Schattdorf

Kanton Waadt



Michaél Buffat 27.09.1979, Bankleiter, Vuarrens
Alice Glauser-Zufferey 18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent
Jean-Pierre Grin 16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy
Jacques Nicolet 24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder, Lignerolle

Kanton Wallis



Jean-Luc Addor 22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Savièze
Franz Ruppen 24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

für die Schweiz ...

Kanton Zug



Thomas Aeschli
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard MPA, Unternehmensberater, Baar

Kanton Zürich



Hans Egloff
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch

Alfred Heer
12.10.1961, Kleinunternehmer, Zürich

Roger Köppel
21.03.1965, Verleger und Chefredaktor «Die Weltwoche», 3 Kinder, Küsnacht

Thomas Matter
23.03.1966, Unternehmer, 4 Kinder, Zürich

Natalie Rickli
19.11.1976, Beraterin Kommunikation, Winterthur

Gregor Rutz
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer, Zürich

Jürg Stahl
16.01.1968, eidg. dipl. Drogist, Mitglied der Direktion, 1 Kind, Brütten

Kanton Zürich



Barbara Steinemann
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt

Mauro Tuena
25.01.1972, Computertechniker, Zürich

Hans-Ueli Vogt
05.12.1969, Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht, Zürich

Bruno Walliser
11.04.1966, eidg. dipl. Kaminfegermeister, 2 Kinder, Volketswil

Claudio Zanetti
16.06.1967, lic. iur., Jurist, Kommunikationsberater, Gossau

... im Bundesrat

5 Ständeräte

Kanton Glarus



Werner Hüsli
30.08.1961, Leiter Alterszentrum, 1 Kind, Haselün

Kanton Schaffhausen



Hannes Gormann
01.07.1956, Betriebsökonom, 2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Schwyz



Peter Föhn
11.12.1952, Unternehmer, 4 Kinder, Muotathal

Kanton Thurgau



Roland Eberle
07.12.1953, Unternehmer, dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder, Weinfelden

2 Bundesräte



Guy Parmelin
09.11.1959, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bursins (VD)

Ueli Maurer
01.12.1950, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), 6 Kinder, Wernetshausen (ZH)

... in den Kantonsregierungen

23 Regierungsräte der SVP

Kanton Aargau



Alex Hürzeler
01.06.1965, Vorsteher Departement Bildung, Kultur und Sport, Landstatthalter, Oeschgen



Franziska Roth
01.05.1964, Vorsteherin des Departements Gesundheit und Soziales, 1 Kind, Brugg

Kanton Appenzell Ausserrhoden



Köbi Frei
06.03.1959, Vorsteher Finanzdepartement, 2 Kinder, Heiden

Kanton Bern



Christoph Neuhaus
10.05.1966, Vorsteher Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, 1 Kind, Belp



Pierre-Alain Schnegg
13.12.1962, Vorsteher der Gesundheits- und Fuhrorsorgedirektion, 4 Kinder, Champoz

Kanton Basel-Landschaft



Thomas Weber
23.11.1961, Vorsteher Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, 3 Kinder, Buis

Kanton Glarus



Marianne Lienhard
17.07.1968, Vorsteherin Departement Volkswirtschaft und Inneres, Elm

Kanton Luzern



Paul Winkler
13.04.1956, Vorsteher Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Kriens

Kanton Nidwalden



Ueli Amstad
19.02.1959, Vorsteher Landwirtschafts- und Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans



Res Schmid
25.02.1958, Vorsteher Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans

Kanton St. Gallen



Stefan Kölliker
09.09.1970, Vorsteher Bildungsdepartement, 3 Kinder, Brunschwilen

Kanton Schaffhausen



Ernst Landolt
26.07.1953, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 3 Kinder, Rüdlingen



Cornelia Stamm Hurter (ab 1.4.2018)
08.11.1961, Vorsteherin Finanzdepartement, 2 Kinder, Schaffhausen



Kanton Zug

Kanton Schwyz



Andreas Barraud
15.11.1957, Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement, 2 Kinder, Bannau



René Bünler
21.05.1969, Vorsteher Umweltdepartement, 3 Kinder, Lachen



André Rügsegger
30.06.1976, Vorsteher Sicherheitsdepartement, Brunnen

Kanton Thurgau



Monika Knill
12.03.1972, Vorsteherin Departement für Erziehung und Kultur, 2 Kinder, Alterswilten



Jakob Stark
08.09.1958, Vorsteher Departement für Finanzen und Soziales, 2 Kinder, Buhwil

Kanton Tessin



Norman Gobbi
23.03.1977, Regierungspräsident Justiz- und Sicherheitsdepartement, 2 Kinder, Quinto



Stephan Schleiss
26.12.1972, Vorsteher Direktion für Bildung und Kultur, Steinhausen



Heinz Tännler
10.05.1960, Vorsteher Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

Kanton Zürich



Markus Kägi
25.02.1954, Vorsteher Baudirektion, Präsident Regierungsrat, 2 Kinder, Niederglatt



Ernst Stocker
20.04.1955, Vorsteher Finanzdirektion, 2 Kinder, Wädenswil

Die SVP im Bundesrat



Guy Parmelin

Geboren am 9. November 1959

Verheiratet

Bürger von Bursins (VD)

Bundesrat seit 2015

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Als dienstjüngster Bundesrat erbt er von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird. Daneben nahm er den Aufbau der bodengestützten Luftabwehr an die Hand und spurte den Ersatz der F/A-18-Kampfflugzeuge vor. Auch auf die neue Form der Cyber-Bedrohungen will Guy Parmelin das VBS ausrichten. Erste Pflöcke dazu hat er bereits eingeschlagen. Mit Guy Parmelin erhält das Bundesratsgremium zudem eine zusätzliche kritische Stimme zur eingeschlagenen Asyl-, Migrations- und Europapolitik.

Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat führte Guy Parmelin zusammen mit seinem Bruder den väterlichen Hof im waadtländischen Bursins. Er ist gelernter Landwirt und Winzer und dafür bekannt, dass er seinen Gästen gerne Waadtländer Saucisson zusammen mit einem guten Wein aufischt. Er verliert auch in ernsten Zeiten nie seinen Humor.



Bundesrat Guy Parmelin verliert auch als Verteidigungsminister nie den persönlichen Kontakt zu seiner Truppe.



Der Sportminister mit der Schweizer Unihockey-Nati nach deren erstmaligem Sieg gegen Schweden in Kirchberg.

Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Damit setzte Ueli Maurer mit seiner letzten Amtshandlung als Vorsteher des VBS ein starkes Zeichen für eine wehrfähige Schweiz.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, führte er im EFD seinen Kampf für eine starke und unabhängige Schweiz fort. Nachhaltig verteidigt er den Banken- und Finanzplatz Schweiz gegenüber dem Ausland und stärkt damit die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitieren wir alle im Land.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung leitete er eine landwirtschaftliche Genossenschaft und war dann bis zur Wahl als Bundesrat Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbands. Abseits des beruflichen Umfelds ist Ueli Maurer dafür bekannt, dass er immer noch regelmässig mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, jedoch Süssem nicht abgeneigt ist. Einem Dessert kann Ueli Maurer nur in den seltensten Fällen widerstehen.



Ueli Maurer

Geboren am 1. Dezember 1950

Verheiratet, 6 Kinder
(Jahrgänge: 1978 - 1997)

Bürger von Adelboden (BE)
und Hinwil (ZH)

Bundesrat seit 2009

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)



Als kompetenter Finanzminister ist Bundesrat Ueli Maurer vielerorts ein gefragter Redner.



Ueli Maurer ist auch als Regierungsmitglied die Verbundenheit zu seiner Heimat und zu Schweizer Werten ein wichtiges Anliegen.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** oder **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative für eine massvolle Zuwanderung. Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift



www.svp.ch

Die Partei des Mittelstandes